





**...damit  
zusammenwächst,  
was  
zusammengehört.**

**- Teil 2 -**

**Tobias Frank**



Dieses Buch enthält Links zu externen Webseiten Dritter auf deren Inhalte der Autor keinen Einfluss hat und deshalb keine Haftung für die Richtigkeit dieser Inhalte übernehmen kann.

© 2023 Tobias Frank

ISBN Softcover: 978-3-384-01065-0

ISBN E-Book: 978-3-384-01066-7

Druck und Distribution im Auftrag:  
tredition GmbH, Heinz-Beusen-Stieg 5, 22926 Ahrensburg, Germany

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Für die Inhalte ist der Autor verantwortlich. Jede Verwertung ist ohne seine Zustimmung unzulässig.  
Die Publikation und Verbreitung erfolgen im Auftrag des Autors, zu erreichen unter:  
tredition GmbH, Abteilung "Impressumservice", Heinz-Beusen-Stieg 5, 22926  
Ahrensburg, Deutschland.

## Inhalt

<b>Danksagung</b>	<b>7</b>
<b>Prolog: Wächst wirklich zusammen, was zusammengehört?</b>	<b>8</b>
<b>Kapitel 1: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“</b>	<b>13</b>
Die heilende Wirkung des Vergessens	13
Das System der Kinderbetreuung	21
Das Bildungssystem der DDR	37
Waren Frauen in der DDR gleichberechtigt?	60
Das Gesundheitssystem der DDR	67
Der Zusammenhalt der Gesellschaft	88
Armut und Reichtum im Arbeiter- und Bauernstaat	96
Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus	107
<b>Kapitel 2: „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“</b>	<b>133</b>
Der Traum von der „idealen Gesellschaft“	133
Lenin und die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“	136
Der Stalinismus – die konsequente Weiterentwicklung der Politik Lenins	141
Der Sozialismus chinesischer Prägung	151
Die Verbreitung des Sozialismus in der Welt	152
Ist der „demokratische Sozialismus“ eine Alternative zum Kapitalismus?	158
<b>Kapitel 3: „Die Partei hat immer Recht“</b>	<b>163</b>
Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) als Vorläufer der SED	163
Der Griff nach der alleinigen Macht	168
Die Gewaltherrschaft der SED	170
Die Sicherung der uneingeschränkten Macht	176
Das Ende der SED-Herrschaft	180
Die Geburt einer „neuen“ Partei	184
Wer bekam das „Volkseigentum“?	187
Gregor Gysi: Vom Nomenklaturkader zum Retter der SED-PDS	189
Wieviel Macht hatte die „Stasi“?	191
War die DDR ein „Unrechtsstaat“?	200
Der Sozialismus als Ersatzreligion	206
Wer trägt die Verantwortung für das Unrecht?	208
Verdrängung und Verleumdung als Parteiprogramm	213

<b>Kapitel 4: „Integriert doch erstmal uns!“</b>	<b>224</b>
Der arabische Frühling als Vorläufer der Flüchtlingswelle	224
Der lange Weg nach Deutschland	230
Wie viel „Macht“ haben die Medien?	252
Wurde mit den Flüchtlingen Gewalt nach Deutschland „importiert“?	260
Wem gehört Deutschland?	277
Integration ist keine „Einbahnstraße“	290
<b>Kapitel 5: Kann noch zusammenwachsen, was zusammengehört?</b>	<b>299</b>
Die Corona-Pandemie als Beschleuniger der Politikunzufriedenheit	299
Russlands Krieg in der Ukraine	301
Die AfD im „Höhenrausch“	315
Ist der Osten eine Erfindung des Westens?	320
<b>Epilog: Ist die Einheit noch zu retten?</b>	<b>328</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>336</b>

## Danksagung

Auch beim vorliegenden Buch hatte ich mehrere Probeleser und -leserinnen, die mich über den gesamten Zeitraum des Schreibens mit Hinweisen und kritischen Anmerkungen unterstützt haben. Freunde und Verwandte aus Ost- und Westdeutschland halfen mir dabei, das Buch für Ost- und Westdeutsche, für junge und ältere Menschen verständlich zu formulieren und gleichzeitig den „roten Faden“ nicht zu verlieren. Sie machten mir immer wieder Mut, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, gaben mir Tipps und Hinweise, wenn ich Gedankensprünge hatte oder zu viel Wissen vorausgesetzt habe.

Ich danke meiner Mutter Dorothea Frank, meinem Bruder Peter Frank und meinen Freunden und Freundinnen Anke Krahberg, Salomea Genin, Patrick Ruge und Sabine Dintner für ihre zahlreichen Anregungen. Ganz besonderer Dank gilt Dr. Hilko Linnemann, Christiane Tolle, Thomas Wolf, Petra Guba und Ronja Dörge, die mich mit viel Energie und zeitlichem Aufwand beim Korrigieren, Formulieren, Formatieren und bei der Gestaltung des Buches unterstützt haben.

Auch meine Frau Anke Frank verdient besonderen Dank, denn über mehr als vier Jahre musste sie meine Stimmungsschwankungen, meine Zerrissenheit und Ungeduld ertragen und auf viele gemeinsame Stunden verzichten, weil ich vor dem Computer saß und nicht mit ihr gemeinsam in der Natur unterwegs war. Aber insbesondere die spannenden und inspirierenden - häufig auch emotionalen - Gespräche mit ihr ermutigten mich, das Buchprojekt zu vollenden.

## Prolog: Wächst wirklich zusammen, was zusammengehört?

Im Februar 2022 erschien der erste Teil meines Buches, in dem ich mich u.a. mit den zahlreichen Mythen befasst habe, die über den Prozess der deutschen Vereinigung in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet sind. Außerdem habe ich mich mit dem Demokratieverständnis vieler Menschen befasst und erläutert, was das für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft und den Aufstieg der AfD bedeutet - nicht nur, aber vor allem in Ostdeutschland.

Zahlreiche meiner im Buch vorgetragenen Argumente und Befürchtungen sind seitdem bestätigt worden - manche in noch dramatischerer Form als von mir beschrieben: Mal wieder hat ein diktatorischer Herrscher ein anderes Land überfallen, um es zu annexieren und die dort lebenden Menschen zu unterdrücken, zu verschleppen, zu foltern und zu töten. Der Überfall Russlands auf die benachbarte Ukraine hat nicht nur Folgen für die dort lebenden Menschen, sondern aufgrund steigender Preise, wachsender Flüchtlingszahlen und wegen drohender Energieprobleme spüren auch die Menschen in Europa und Deutschland die Auswirkungen der russischen Aggression. In einigen Teilen der Welt drohen sogar Hungersnöte.

Deutschland wird inzwischen von einer Koalition aus drei Parteien regiert, was zur Folge hat, dass es für diese Regierung noch schwieriger ist, Kompromisse zu finden, als das bei früheren Regierungskonstellationen der Fall war. Der daraus resultierende Streit um die „richtige Politik“ wird von den Medien und einem Teil der Bevölkerung als Schwäche des Bundeskanzlers oder als „Versagen“ der Regierung wahrgenommen, wodurch die Zufriedenheitswerte der Regierungsparteien sinken. Diese Unzufriedenheit mit den Parteien - oder wie es auch häufig dargestellt wird - mit „der Politik“, lässt die Zustimmungswerte von Protestparteien - insbesondere der AfD - auf nie zuvor ermittelte Werte steigen. Folge dieses „Höhenfluges“ der AfD ist, dass die vom Verfassungsschutz als „rechtsextrem Verdachtsfall“ eingestufte Partei (Crysmann, 2023) erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik einen Landrat und einen hauptamtlichen Bürgermeister stellt - beide in Ostdeutschland!

Auch eine Annäherung oder ein besseres gegenseitiges Verständnis der in Ost- bzw. Westdeutschland lebenden Menschen kann ich nicht wahrnehmen, obwohl sich die deutsche Vereinigung in diesem Jahr schon zum 33. Mal jährt. Im Gegenteil: Das Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ des in Thüringen geborenen und an der Universität Leipzig lehrenden Literaturprofessors Dirk Oschmann, löste eine große Ost-West-Debatte aus und schaffte es an die Spitze der Bestsellerlisten. Dabei bemühte sich der promovierte Wissenschaftler gar nicht um Objektivität, Sachlichkeit und die Darstellung belegbarer Fakten, sondern erklärte schon in der Einleitung seines Werkes: „Statt auf Differenzierung und Relativierung setze ich auf Zuspitzung, Schematisierung und personifizierende Kollektivsprechweise“ (Oschmann, 2023, S. 15).

Auch die in der Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlichten Emails und SMS-Nachrichten des Chefs des Axel-Springer-Verlages Mathias Döpfner, der sich in besonders arroganter und diskriminierender Weise u.a. über Ostdeutsche äußerte, fanden ein breites Medienecho und verdeutlichten, dass die gegenseitige Wahrnehmung der Menschen

in Ost- und Westdeutschland noch lange nicht von Verständnis und gegenseitiger Achtung geprägt ist. Vielmehr bestimmen häufig weiterhin Vorurteile und gegenseitige Schuldzuweisungen die Stimmung im vereinten Deutschland - auch 33 Jahre nach der deutschen Vereinigung!

Als ich begann für den 1. Teil meines Buches zu recherchieren und Freunden gegenüber geäußert habe, ein Buch über den Prozess der deutschen Vereinigung zu schreiben, traf ich auf ein sehr geteiltes Echo: Ein Teil fand die Idee spannend, der andere Teil war der Meinung, dass das 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung niemanden mehr interessieren würde - vor allem nicht im Westen Deutschlands. Zweifellos ist mein Buch kein Bestseller geworden. Aber dass das Thema „Deutsche Einheit“ niemanden mehr interessieren würde, stimmt definitiv nicht, wie die öffentlichen Diskussionen in den Medien, aber auch die Diskussionen nach meinen Buchlesungen zeigen. Die Vereinigung Deutschlands bewegt die Menschen weiterhin und es wird noch immer sehr emotional darüber diskutiert und gestritten - in Ost und West - häufig jedoch aus völlig unterschiedlichen Blickwinkeln und deshalb mit konträren Erkenntnissen und „Wahrheiten“.

Westdeutsche reagierten nach meinen Lesungen häufig erschrocken, wenn ich erklärt habe, dass auch sie selbst hätten Stasi-Spitzel und Mauerschützen werden können, wenn sie in der sowjetischen Besatzungszone aufgewachsen wären und waren dankbar für die Informationen, was sich für die in der DDR aufgewachsenen Menschen alles geändert hat. Viele gaben zu, das noch nie so detailliert wahrgenommen zu haben. Einige wenige beharrten jedoch trotz meiner ausführlichen Ausführungen darauf, dass der „Machtmensch Kohl“ die Vereinigung Deutschlands nur forciert hat, „um in die Geschichtsbücher einzugehen“ und bezeichneten die Vereinigung zwar nicht als „Annexion“ - wie Gregor Gysi - aber als „feindliche Übernahme“ durch den Westen.

Durchwachsener waren die Reaktionen der ostdeutschen Leser und Leserinnen und Gäste der Lesungen. Auch hier war die Mehrheit dankbar für viele Hintergrundinformationen zum Prozess der Deutschen Vereinigung und der Bedeutung der Streitkultur für eine demokratische Gesellschaft. Aber wie von mir erwartet war der Widerstand und die Abwehr der gegen die von mir vorgetragenen Argumente vehementer und deutlicher - teilweise verbunden mit Beschimpfungen und Hassreaktionen. Die Zahl derer, die bei ihrer „Wahrheit“ bleiben wollen, wonach Kohl und „die Westdeutschen“ ihnen die Vereinigung und die neue Gesellschaft unter Vorgabe „falscher Versprechen“ übergestülpt haben sollen und Ostdeutsche wie „Menschen zweiter Klasse“ behandeln, war und ist nicht übersehbar. Mit rationalen Argumenten und Verweis auf die vielen verwendeten Quellen zahlreicher anerkannter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen war eine Annäherung der unterschiedlichen Sichtweisen nicht erreichbar. Auch jahrzehntewährende Freundschaften und Kontakte sind aufgrund „unüberwindbarer Gräben“ bei diesem Thema beendet worden und eine geplante Lesung wurde aus Angst vor der Reaktion des Publikums vom Veranstalter wieder abgesagt!

Bevor ich mich inhaltlich mit den Themen auseinandersetze, die ich im vorliegenden 2. Teil vortrage, weil sie - in meiner Wahrnehmung - ein Zusammenwachsen der Men-

schen in Ost- und Westdeutschland noch immer erschweren, möchte ich auf einige Erfahrungen nach meinem ersten Buch eingehen, die mich sehr nachdenklich gemacht, teilweise auch schockiert haben.

Ich habe im 1. Teil die gegenderte Schreibweise gewählt und habe den Grund für diese Herangehensweise im 1. Kapitel u.a. mit der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls begründet. Insbesondere für diese Argumentation habe ich auch viele positive Rückmeldungen erhalten, selbst von Leuten, die bis dahin dieser Schreibweise skeptisch gegenüberstanden. Seit der Veröffentlichung meines ersten Buches hat sich der Ton in den öffentlichen Debatten weiter verschärft. Selbst prominente Größen der deutschen Kulturszene wie Til Schweiger und Dieter Hallervorden haben sich öffentlich gegen die gegenderte Sprache positioniert. Für Hallervorden ist das Gendern ein „künstlicher, politisch motivierter Eingriff in gewachsene Sprachstrukturen“ und es gebe ihm zufolge „keinerlei wissenschaftliche Belege dafür, dass sich über eine Veränderung der Grammatik gesellschaftlicher Wandel erzielen lasse“ (RND, 2022). Dass diese Aussage nicht korrekt ist und es tatsächlich wissenschaftliche Belege für die Wirksamkeit der gegenderten Sprache gibt, habe ich im ersten Teil beschrieben und mit Erkenntnissen des Wissenschaftlers Harald Lesch erläutert. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz behauptete im Frühjahr 2023 sogar, dass „mit jeder gegenderten Nachrichtensendung (...) ein paar hundert Stimmen mehr zur AfD“ gehen würden (Amsler, 2023). Und auch einen langjährigen Freund habe ich verloren, weil ich in meinem Buch gegendert habe. Ihm zufolge würde ich damit eine Grenze zwischen den Menschen ziehen und das hätte es „in nicht-demokratischen Regimen schon immer gegeben, bei den Nazis, den Kommunisten und jetzt wieder“.

Da ich weder die AfD unterstützen noch die Bundesrepublik zum „nicht-demokratisches Regime“ verkommen lassen möchte, habe ich mich entschieden, im 2. Teil auf die gegenderte Sprache zu verzichten. Diesen Schritt vollziehe ich jedoch nicht aus „Einsicht“ darüber, dass sich mit Gendern „kein gesellschaftlicher Wandel erzielen lasse“ (Hallervorden) oder weil ich vor den Kritikern „einknicke“. Ich werde im vorliegenden Buch ausschließlich die **weibliche** Form verwenden! Somit kann mir niemand vorwerfen, dass ich den Lesefluss behindere oder in die „gewachsene Sprachkultur“ (Hallervorden) eingreife. Ich gehe davon aus, dass Frauen und Menschen, die sich an das Gendern gewöhnt haben und es praktizieren, kein Problem damit haben werden. Und den (meist älteren) Männern, die immer wieder argumentieren, die Frauen sollten sich doch bei der männlichen Ausdrucksform mit angesprochen fühlen, halte ich entgegen, dass sie sich ja bei der von mir verwendeten weiblichen Schreibweise mit angesprochen fühlen sollen. Ich finde das gerecht!

Viel mehr als die Diskussion um das Gendern hat mich jedoch eine Fernsehsendung im ZDF aufgewühlt und wochenlang nicht zur Ruhe kommen lassen. Diese Sendung verdeutlichte, wie weit die Mythen über die deutsche Vereinigung in das „kollektive Gedächtnis“ der deutschen Gesellschaft vorgedrungen sind und somit die Wahrnehmung über das wichtigste politische Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte verfälschen.

Am 13. April 2022 hatte Markus Lanz in seiner Sendung Campino<sup>1</sup> und den Rostocker Rapper Marteria zu Gast. Beide hatten einige Wochen zuvor Lieder mit den provokanten Titeln „Scheiß Ossi“ bzw. „Scheiß Wessi“ veröffentlicht und sich darin ironisch mit den noch immer bestehenden gesellschaftlichen Vorurteilen auseinandergesetzt. Im Gespräch über die deutsche Vereinigung sagte Campino wörtlich: „Es war teilweise wie eine Annexion, da wurden Sachen übergestülpt. Das Geld, die Westmark, die Regeln...“ (ZDF, 2022). Weniger als acht Wochen nach Beginn des Einmarschs der russischen Armee in die Ukraine stellte Campino vor einem Millionenpublikum die ver suchte Annexion der Ukraine durch den Diktator Putin mit dem Vereinigungsprozess Deutschlands auf eine Stufe und erklärt somit - zumindest indirekt - Helmut Kohl und die Bundesregierung zu Kriegsverbrechern! Und Markus Lanz? Mit keinem Wort ging er in der folgenden Diskussion auf die Verfälschung des Vereinigungsprozesses durch den (westdeutschen) Sänger Campino ein.

Ich habe daraufhin an die Redaktion von Markus Lanz und an die ZDF-Zuschauer redaktion geschrieben und gefordert, öffentlich richtigzustellen, dass die deutsche Vereinigung ein demokratischer Prozess und keine „Annexion“ war. Von Markus Lanz kam niemals eine Reaktion, vom ZDF-Zuschauerservice - nach mehreren Schreiben meinerseits - der Hinweis, dass die Programmverantwortlichen beim ZDF „die Meinungen des Publikums ernst nehmen und dass diese auch Einfluss auf unsere Arbeit haben“ - sonst nichts! Daraufhin habe ich an den ZDF-Fernsehrat geschrieben, der sich auf seiner Homepage als „Anwalt des Zuschauers“ definiert und die „Interessen der Allgemeinheit gegenüber dem ZDF“ vertritt. Nach mehrfachen Erinnerungen antwortete mir Nadine Bilke, die Programmdirektorin des ZDF. Sie vertritt in ihrem Brief die Ansicht, dass „der Begriff etwas unglücklich gewählt ist und ein kurzer Kommentar von Markus Lanz zu einer besseren Einordnung geführt hätte“.

Ich war schockiert und kann noch immer nicht fassen, dass die Programmdirektorin einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt es lediglich „unglücklich“ findet, wenn der ehemalige Bundeskanzler des Landes öffentlich als Aggressor dargestellt und ihm und seiner Regierung unterstellt wird, sie hätten ein anderes Land gegen den Willen der dort lebenden Menschen annexiert!

Campino, Lanz, Bilke und die vielen anderen Menschen in Ost- und Westdeutschland, die in der deutschen Vereinigung etwas Unrechtes sehen wollen, wissen offensichtlich nicht, dass im deutschen Grundgesetz seit 1949 ein „Wiedervereinigungsgebot“ verankert war. Schon in der Präambel des Grundgesetzes war festgelegt, dass das gesamte deutsche Volk aufgefordert bleibt, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Die Regierung von Helmut Kohl setzte mit ihrer Politik also „ein verfassungsgerichtliches, alle Staatsorgane bindendes Gebot“ um, die Einheit Deutschlands „anzustreben und auf die Verwirklichung dieses Ziels hinzuwirken“ (Deutscher Bundestag, kein Datum). Über den Weg zu dieser Vereinigung entschieden **allein** die DDR-Bürgerinnen. Aus diesem demokratischen und rechtskonformen Prozess eine „Annexion“ zu konstruieren ist nach meiner Überzeugung Geschichtsverfälschung!

---

<sup>1</sup> Frontmann der Band „Die Tote Hosen“

Die Sendung von Markus Lanz und die Reaktion der Verantwortlichen beim ZDF verdeutlichen, wie weit die Mythen und Verdrängungsstrategien in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind - auch im Westen Deutschlands. Auch dass es keine Reaktion anderer Politikerinnen oder Medienvertreterinnen auf die Sendung gab, verdeutlicht, dass offensichtlich kaum noch jemand in Deutschland Anstoß daran nimmt, wenn das wichtigste Ereignis der Nachkriegszeit - die deutsche Vereinigung - öffentlich als „Annexion“ bezeichnet wird.

Wie in meinem ersten Buch werde ich mich auch im zweiten Teil mit zahlreichen Mythen und weit verbreiteten Annahmen auseinandersetzen, die das gegenseitige Verständnis be- und verhindern, zu einer Verharmlosung der diktatorischen Gesellschaft in der DDR führen und somit die Unterstützung der demokratischen Werte und Ziele im vereinten Deutschland schwächen.

Zunächst werde ich mich mit den „Errungenschaften der DDR“ auseinandersetzen, die das Leben in der DDR für viele Deutsche - nicht nur, aber vor allem in Ostdeutschland - im Rückblick so schön und unkompliziert erscheinen lassen. Viele Menschen - nicht nur in Deutschland - glauben auch in der heutigen Zeit, dass der Kapitalismus die Ursache vieler gesellschaftlicher Probleme ist und dass eine sozialistische Gesellschaft besser in der Lage wäre, Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt zu garantieren. Seit Jahrhunderten haben deshalb Menschen in der ganzen Welt in kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien für die Überwindung des Kapitalismus und die Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft gekämpft. Deshalb analysiere ich in diesem Buch die Politik dieser sozialistischen/kommunistischen Parteien und stelle dar, welche gesellschaftlichen Folgen diese Politik für die Menschen in den jeweiligen Ländern hatte - insbesondere dann, wenn diese Parteien tatsächlich an der Macht waren und die alleinige Regierungsverantwortung trugen. Insbesondere für Deutschland und die DDR beschreibe ich die Entwicklung von der KPD über die SED, die PDS zur Partei „DIE LINKE“ und dokumentiere die Rolle der führenden Persönlichkeiten dieser Parteien für die gesellschaftlichen Entwicklungen.

In einem weiteren Kapitel stelle ich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Fluchtbewegungen aus der DDR in die Bundesrepublik und die Aufnahme der Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten in den letzten Jahren gegenüber, weil die Aufnahme dieser Menschen auch aktuell die Diskussionen in den Medien, der Politik und im privaten Umfeld dominiert und die Zustimmung zur AfD fördert - in Ostdeutschland noch mehr als im Westen Deutschlands.

Am Ende des Buches setze ich mich noch einmal damit auseinander, dass zahlreiche politische Ereignisse auch mehr als 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung von vielen Menschen in Ostdeutschland anders wahrgenommen und bewertet werden als in Westdeutschland. Ich gehe noch einmal auf den neuerlichen „Höhenflug“ der AfD ein und versuche Erklärungen dafür zu finden, warum der Überfall Russlands auf die Ukraine in Ostdeutschland auf mehr Verständnis stößt, während die Unterstützung der Ukraine durch „den Westen“ skeptisch betrachtet wird.

# Kapitel 1: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“

## Die heilende Wirkung des Vergessens

Der Aussage, wonach die DDR mehr gute Seiten hatte, widerspricht zwar der überwiegende Teil der Westdeutschen, eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen unterstützt sie jedoch! In einer 2013 durchgeführten Emnid-Umfrage gaben 57% der Ostdeutschen an, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte und 49% waren der Meinung, dass man mit den „paar Problemen“ dort gut leben konnte (FOCUS, 2013).<sup>2</sup>

Diese Aussagen stehen in einem eklatanten Widerspruch zu den Einschätzungen der DDR-Bürgerinnen über ihr Leben im Arbeiter- und Bauernstaat im Jahr der deutschen Vereinigung: Laut einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach gaben 1990 immerhin 72% der DDR-Bürgerinnen an, dass ihre Lebenssituation unter der SED-Diktatur „unerträglich“ gewesen sei! Noch 1992 stimmten auch 70% der Aussage zu: „Die SED hat uns alle betrogen“ und 57% fühlten sich in der DDR „unfrei und gefangen“ (Deutscher Bundestag, 2008).

Obwohl auch ich mich in der DDR unfrei, gefangen und von der SED betrogen gefühlt habe und die alltägliche Bevormundung und Gängelei tatsächlich unerträglich fand, hätte ich meine gesamte Lebenssituation in der DDR niemals als „unerträglich“ eingeschätzt! Ich kann jedoch auch den heutigen Einschätzungen meiner ostdeutschen Landsleute nicht zustimmen, wonach die DDR mehr gute als schlechte Seiten gehabt haben soll.

Zweifellos hatte auch für mich das Leben in der DDR angenehme Seiten und an vieles erinnere ich mich gern zurück. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Menschen auf der Welt musste ich in der DDR nicht hungern, ich konnte zur Schule gehen und einen Beruf erlernen - wenn auch nicht den, den ich erlernen wollte. Natürlich war es schön, für ein Brötchen fünf, ein Bier im Restaurant 48 und eine Straßenbahnfahrkarte nur 20 Pfennige bezahlen zu müssen. Für meine erste eigene Wohnung fielen nicht einmal 30 Mark Miete im Monat an, für ein Rezept vom Arzt oder der Ärztin musste ich nichts zuzahlen. Meine Eltern sind niemals arbeitslos gewesen, für 17 Tage Aufenthalt im Kinderferienlager haben sie für mich und meine Geschwister jeweils 14 Mark bezahlt. Ich habe auch meine Schulzeit in überwiegend positiver Erinnerung, denn die Mehrheit der Lehrerinnen war engagiert und hat mir viel beigebracht, von dem ich noch heute profitiere. Insbesondere die Erlebnisse im und mit dem Sportverein sind mir in guter Erinnerung geblieben, haben mich geprägt und haben Freundschaften entstehen lassen, die noch heute bestehen. Wahrscheinlich könnte ich mehrere Seiten über positive Erlebnisse und Erinnerungen, über großartige Menschen und ein überwiegend glückliches Leben in der DDR schreiben. Zweifellos hatte auch für mich die DDR viele gute Seiten!

Aber überwogen wirklich die guten Seiten? Und wenn ja, lag das an der DDR, am Sozialismus oder der SED? Hätte ich nicht auch in der kapitalistischen Bundesrepublik gute Lehrerinnen haben können, die mir viel beigebracht und mich gut auf das Leben

---

<sup>2</sup> Leider ist diese Frage nach den Einstellungen zur DDR im 30. Jahr der Vereinigung wohl nicht erhoben worden, so dass ich mich auf Studien früherer Jahre bzw. auf Länderstudien beziehen muss.

und meine berufliche Karriere vorbereitet hätten? Hätte ich nicht auch in der BRD im Verein Sport treiben und Freundschaften schließen können, die bis heute halten? Ja, vieles wäre für mich oder meine Eltern teurer gewesen, aber dafür hätten ich bzw. meine Eltern ja auch mehr verdient.

Was sind also die „guten Seiten“ der DDR, die im Bewusstsein der Mehrheit ihrer Bewohnerinnen das Leben in der DDR so schön erscheinen lassen, und wieso hat sich das Bild der DDR in den Augen ihrer früheren Bewohnerinnen in den vergangenen 30 Jahren so massiv verändert? Dass die ehemaligen DDR-Bürgerinnen überwiegend positiv auf ihr untergegangenes Land zurückblicken und die Gründe für die Proteste gegen die SED - die sie im Herbst/Winter 1989/90 zu Hunderttausenden auf die Straßen der DDR trieb - verdrängt oder vergessen haben, zeichnete sich schon wenige Jahre nach dem politischen Umbruch ab. Zwar wünschten sich laut einer Emnid-Umfrage schon 1995 nur 15% der Ostdeutschen die DDR zurück, aber in sieben von neun Kategorien attestierten sie der DDR eine Überlegenheit im Vergleich zur BRD:

- im Schutz vor Verbrechen
- in der Gleichberechtigung der Frau
- der sozialen Sicherheit
- der Schulbildung
- der Berufsausbildung
- dem Gesundheitswesen
- der Versorgung mit Wohnungen.

Lediglich in den Kategorien Lebensstandard sowie Wissenschaft und Technik war die DDR der Bundesrepublik nach Überzeugung der Mehrheit der Ostdeutschen unterlegen (DER SPIEGEL, 1995, S. 40-52).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen die Wissenschaftlerinnen der Universität Jena in ihrem Thüringen-Monitor des Jahres 2015: Das Bildungswesen, der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Gesundheitsversorgung und die soziale Sicherheit in der DDR wurden von mehr als 90% der Thüringerinnen positiv bewertet, die bis 1975 geboren wurden, also zur „Erlebnisgeneration“ zählen. Immerhin 68% bewerteten den allgemeinen Lebensstandard in der DDR positiv, 86% sogar den persönlichen Lebensstandard (Best, Niehoff, Salheiser, & Salomo, 2015, S. 42).

Von den sieben Kategorien, in denen die DDR der BRD laut der Emnid-Umfrage von 1995 überlegen gewesen sein soll, sind die meisten auf die in meinem ersten Buch beschriebenen Kennzeichen einer altruistischen Gesellschaft zurückzuführen, in der es keine Unterschiede zwischen Klassen gibt und in der die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden. Die Autorinnen des Thüringen-Monitors von 2015 fassen zusammen: „Auffällig ist die überwiegend positive Bewertung der Aspekte, die die sozialen, materiellen und egalitären Seiten der DDR repräsentieren (ebd.<sup>3</sup>).“

Diese sozialen, materiellen und egalitären Aspekte sind - so wurde es den Menschen in der DDR vermittelt - auf den Sozialismus zurückzuführen, dessen Ziel eine große

---

<sup>3</sup> Bedeutet „ebenda“ und zeigt an, dass sich das Zitat oder die Information auf die zuletzt verwendete Quelle bezieht.

Egalität der Gesellschaft ist. Obwohl sicherlich die Mehrheit der DDR-Bürgerinnen von den täglichen „Rotlichtbestrahlungen“<sup>4</sup> in der Schule, dem Studium, in der Arbeit und in den Medien genervt waren, hat sich die Idee des Sozialismus offensichtlich in das kollektive Gedächtnis vieler Ostdeutscher „eingebrannt“. Denn nur sechs Jahre nach dem selbst erlebten Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR glaubten noch 79% von ihnen, dass der Sozialismus eine gute Idee ist, die Politikerinnen jedoch unfähig waren, diese Idee zu verwirklichen (DER SPIEGEL, 1995, S. 40-52).

Auffällig ist auch, dass fast alle Kategorien, die zur „Überlegenheit“ der DDR gegenüber der Bundesrepublik führen, einen ökonomischen Hintergrund haben und fast ausschließlich auf die Subventionspolitik der DDR zurückzuführen sind. Es sind Dinge, die das Leben angenehm und bequem machten, die es ermöglichen, Geld zu sparen oder mehr Geld zu verdienen. Diese Annehmlichkeiten waren der „Ausgleich“ für die zahlreichen Einschränkungen der Freiheit und der Menschenrechte, die damit überdeckt werden sollten. Die SED „kaufte“ sich also das Wohlwollen ihrer Bürgerinnen und diese akzeptierten den Deal „Sicherheit gegen Freiheit“ über vier Jahrzehnte überwiegend - wenn auch nicht ganz freiwillig. Ab ca. 1985 wuchsen jedoch die strukturellen Probleme der DDR und der Deal zwischen SED und Volk verlor an Akzeptanz: Für die sogenannte „zweite Lohntüte“ - die Subventionen für Waren des Grundbedarfs, für Mieten und soziale Leistungen - musste sich die DDR immer mehr verschulden. Auf 21% der Staatsausgaben wuchs dieser Posten, und der Lebensstandard der DDR-Bürgerinnen hing somit immer weniger von der eigenen Leistung (Dietrich, 2019), sondern von der Alimentierung durch den Staat ab.

Die immensen Subventionen für Lebensmittel, Mieten, das Gesundheitssystem, das Bildungs- und Betreuungssystem usw., führten jedoch - wie ebenfalls im ersten Teil beschrieben - zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR. Jahrelang hatte die DDR „über die eigenen Verhältnisse gelebt“ (Martens, 2020), hatte für die „guten Seiten“ mehr Geld ausgegeben, als sie erwirtschaften konnte. Mit dieser Politik wollte die alleinherrschende SED neben dem „Ausgleich“ für beraubte Freiheiten, den eigenen Bürgerinnen und dem „Klassenfeind“ in der Bundesrepublik beweisen, dass der Sozialismus die überlegene Gesellschaftsordnung ist. Zumindest bei der Mehrheit der eigenen Bürgerinnen ging diese Taktik auf - wenn man von der kurzen Zeit des politischen Umbruchs absieht.

Um sich die teuren Subventionen leisten zu können, musste die SED jedoch an vielen anderen Stellen Geld sparen: im Straßen- und Schienennetz, beim Telefonnetz, beim Umweltschutz und an den Investitionen für die Wirtschaft, die somit immer mehr veraltete und verrottete. Am Ende half alles Sparen nichts mehr: Die Subventionspolitik der SED hatte das Land an den Rand eines wirtschaftlichen Bankrotts getrieben, der nur durch den Beitritt zur Bundesrepublik und den damit verbundenen billionenschweren Finanztransfer verhindert werden konnte. Ohne Vereinigung und finanzielle Unterstützung des früheren „Klassenfeindes“ wäre als Alternative nur die von der Schürer-Kommission beschriebene Rettung durch den Internationalen Währungsfond (IWF) geblieben, die jedoch zu viel härteren Einschnitten für die DDR-Bevölkerung geführt

---

<sup>4</sup> So nannten die DDR-Bürgerinnen die vielen politischen Schulungen und Informationen über die „Vorteile des Sozialismus“, denen sie täglich ausgesetzt waren.

hätte als die ohnehin schmerzlichen Eingriffe nach der Vereinigung Deutschlands (Hertle, 2018).

Der Weg der DDR in die wirtschaftliche Krise ähnelt an zahlreichen Stellen dem Weg Griechenlands in die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfond (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB). Auch in Griechenland wurden Jahrzehntelang „Geschenke“ an das Volk (und an die Wirtschaft) verteilt, wurden notwendige Reformen von der Politik nicht realisiert. Die griechische Regierung gab Jahr für Jahr mehr Geld für Subventionen und teure „Wahlversprechen“ aus, als die Bürgerinnen erwirtschafteten bzw. der Staat an Steuern einnahm. Außerdem blühten Korruption und Vetterwirtschaft. Der Unterschied zwischen der DDR und Griechenland ist aber, dass die jeweilige griechische Regierung sich nicht für eingeschränkte Freiheitsrechte bei ihren Bürgerinnen „freikaufen“ musste. Die notwendigen Reformen wurden nicht in Angriff genommen, weil jede Regierung gewählt oder wiedergewählt werden wollte. Die griechischen Politikerinnen orientierten sich zu stark am Willen der eigenen Wählerinnen, die Reformen - und daraus resultierende finanzielle Einbußen - nicht akzeptieren wollten und unterwarfen sich der Macht eines Teils der Eliten, die ihre Privilegien nicht verlieren wollten.

Ihre Abwahl musste die DDR-Regierung nie befürchten, sie konnte sich ihres Machterhalts jederzeit sicher sein. Jedoch hat die DDR-Regierung ihre den Staatshaushalt überfordernde Subventionspolitik nie geändert, obwohl sie durch den Staatssicherheitsapparat immer bestens über die viel zu hohen Kosten für die Subventionen informiert war, jedoch ihren Schein vom „besseren Staat“ gegenüber der eigenen Bevölkerung und dem „Klassenfeind“ weiterhin wahren wollte.

Die wirtschaftlichen Einschnitte für die Bevölkerung der DDR bei einer Rettung durch den IWF wären wahrscheinlich um einiges dramatischer ausgefallen als in Griechenland nach dessen Zahlungsunfähigkeit, denn die Wirtschaft der DDR war mindestens genauso marode wie die Griechenlands. Außerdem hatte Griechenland mit der Europäischen Union, der EZB und dem IWF zwar hart verhandelnde und dem griechischen Volk schmerzhafte Einschnitte abverlangende, letztendlich jedoch solidarische und zu großen eigenen Opfern bereite Partner. Auf die Sowjetunion und die Partnerländer im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe<sup>5</sup> (RGW) konnte sich die DDR dagegen nicht mehr verlassen: Sie waren genauso bankrott wie die DDR und hatten mit eigenen wirtschaftlichen und politischen Problemen zu kämpfen.

Aber können gut gemeinte und für die eigene Bevölkerung sicherlich angenehme Subventionen tatsächlich als „gute Seiten“ bezeichnet werden, wenn sie den eigenen Haushalt so stark belasten, dass der Staat aus diesem Grund zahlungsunfähig wird? Würde man einen Familenvater, der seiner Frau und seinen Kindern immer wieder teure Geschenke macht, um ihnen seine Liebe zu beweisen und den Nachbarn zu zeigen, was er für ein toller Vater ist, als „guten Vater“ bezeichnen, wenn gleichzeitig kein Geld für neue Möbel und Kleidung, gesunde Lebensmittel und irgendwann auch kein Geld mehr für die Miete da ist?

Dass viele DDR-Bürgerinnen hohe Konsumansprüche hatten, erkannte schon das Politbüro der SED und debattierte darüber. In einer Beratung hieß es: „Unsere Leute

---

<sup>5</sup> Wirtschaftsverbund der sozialistischen Länder (analog der heutigen EU)

wollen die soziale Sicherheit, Geborgenheit, sichere Arbeitsplätze und Ausbildung von uns und die Kaufhäuser aus der BRD“ (Dietrich, 2019). Diese Einschätzung des Politbüros der SED steht im krassen Gegensatz zur Selbsteinschätzung der DDR-Bürgerinnen: Laut einer Umfrage hielten 1990 immerhin 70% der DDR-Bürgerinnen ihre ostdeutschen Landsleute für „bescheiden“ (infratest-dimap, 2010). Diese alles andere als bescheidenen Erwartungshaltungen der DDR-Bürgerinnen wurden offensichtlich auf das vereinigte Deutschland übertragen. Die „guten Seiten“ der DDR sollten erhalten bleiben und die guten Seiten der BRD - wie Reisefreiheit, Lebensstandard und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit - sollten dazukommen.

An die „guten Seiten“ der DDR dachte bei der Volkskammerwahl im März 1990 offensichtlich kaum jemand, denn schließlich bedeutete der von den DDR-Bürgerinnen gewählte Beitritt zur Bundesrepublik nach Art. 23 Grundgesetz den kompletten Wegfall aller „guten Seiten“ der DDR und die 100%-ige Übernahme des Systems der Bundesrepublik. Aber selbst wenn sich die DDR-Bürgerinnen für den langwierigen Prozess der Vereinigung „auf Augenhöhe“ (nach Art. 146 GG) entschieden hätten: Wie hätte diese Vereinigung aussehen sollen? Wie sollte beispielsweise die von vielen Ostdeutschen gewünschte Arbeitsplatzgarantie in einer Marktwirtschaft gewährleistet werden? Immerhin 64% der Ostdeutschen vertraten in einer Emnid-Umfrage die Auffassung: „Ein Recht auf Arbeit muss auch in einer Marktwirtschaft möglich sein“ (DER SPIEGEL, 1995, S. 40-52). Vierzig Jahre lang haben die DDR-Bürgerinnen fast täglich die Lehren von Marx, Engels und Lenin studieren können (und müssen) und in den „wissenschaftlichen“ Lehren erfahren, dass sowohl Ausbeutung als auch Arbeitslosigkeit zum Kapitalismus gehören. Dann entschied sich die große Mehrheit 1990 freiwillig für den Kapitalismus, und plötzlich sollten die „wissenschaftlichen“ Lehren nicht mehr gelten - zumindest nicht für sie!?

Wie stellten sich viele Ostdeutsche das vereinigte Deutschland vor? Im Westen weiterhin Arbeitslose, „Ellenbogengesellschaft“, hohe und ständig steigende Mieten, Drogen usw., und im Osten weiterhin Vollbeschäftigung, großer Zusammenhalt, weiterhin niedrige, stabile Miet- und Lebensmittelpreise, Polikliniken und Kitas und die Vorzüge des reichen Westens dazu - und zwar sofort?

Auch der ostdeutsche Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz ist davon überzeugt, dass die Wahlentscheidung vom März 1990 insbesondere ökonomisch und weniger gesellschaftspolitisch begründet war. Als Erklärung für das aus seiner Sicht „peinliche“ Wahlergebnis wurde häufig die Brecht'sche Aussage, wonach erst das Fressen und dann die Moral käme, zitiert. Dem stimmt Maaz jedoch nur zu, „wenn man zum Fressen einen VW-Golf GTI, ein Video und Marlboro dazuzählt“, denn - so Maaz weiter - „in der DDR hat niemand gehungert - jedenfalls nicht im wörtlichen Sinne“ (Maaz, 1990, S. 88). Das Wahlergebnis war nach seiner Überzeugung „vor allem die Hoffnung auf die D-Mark und den besseren Konsum“. Mit diesem sollte ein Mangelsyndrom gelindert werden, das „Neid und Raffgier erzeugt hat, was sich zuletzt kollektiv im Sturm auf die Kaufhäuser und Supermärkte entlarvte“ (ebd.).

Maaz beschreibt seine ostdeutschen Landsleute alles andere als „bescheiden“: Nach seiner Überzeugung hat der „real existierende Sozialismus“ an „keiner Stelle glaubhafte und überzeugende Werte geschaffen“, sondern hat im Gegenteil dafür gesorgt, dass die

(ehemaligen) DDR-Bürgerinnen „noch verrückter nach äußereren Werten“ sind als die Westdeutschen (S.85).

Aber wieso haben 1989/90 viele DDR-Bürgerinnen ihr Leben in der DDR so „unerträglich“ gefunden, haben sich „belogen“ und „gefangen“ gefühlt, um nur wenige Jahre später dem gleichen Staat eine „Überlegenheit“ in vielen Lebensbereichen zu attestieren und zu resümieren, dass man dort „gut leben“ konnte?

Der ostdeutsche Historiker Stefan Wolle hat schon 1999 in seinem für die Bundeszentrale für politische Bildung erschienenen Buch „Die heile Welt der Diktatur“ versucht, Antworten auf viele dieser Fragen zu finden. Nach seiner Überzeugung waren es die Erniedrigungen, der peinliche Selbstbetrug und die zahlreichen „faulen Kompromisse“, die viele DDR-Bürgerinnen in ihrem untergegangenen Staat mitgemacht und mitgetragen haben, an die sie jedoch heute nicht gern erinnert werden möchten (Wolle, 1999, S. 15).

Wolle stellt dar, das Vergessen für den „menschlichen Seelenhaushalt eine heilende Funktion hat“ und die Erinnerung viele Dinge in „das sanfte und wärmende Licht der Vergebung“ taucht. Intensive Auseinandersetzung verändert demnach das Bild der Geschichte, und man könnte Geschichtsschreibung als „die Erfindung der Vergangenheit bezeichnen“. Er führt weiter aus, dass diese Erfahrung nicht neu ist, denn auch nach dem 2. Weltkrieg haben viele Ex-Nazis - selbst die in den Nürnberger Prozessen verurteilten hohen Führer behauptet - von den Verbrechen der Nationalsozialisten nichts mitbekommen zu haben (S.19).

Hans-Joachim Maaz beschreibt ebenfalls das Phänomen des Vergessens und Verdrängens nach Ende des Krieges. Als junger Psychiater war er „zutiefst erschrocken“, als er in Krankengeschichten las, dass der Krieg für manche Kriegsteilnehmer zu den „schönsten“ Erlebnissen zählte, „weil sie morden, foltern, rauben und vergewaltigen konnten und nicht nur straffrei blieben, sondern auch noch Orden bekamen“ (Maaz, 1990, S. 174).

Wenn die Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus so schnell und so tiefgreifend vergessen, verdrängt und umgedeutet werden konnten, ist es nicht verwunderlich, dass die im Vergleich zum Nationalsozialismus deutlich weniger dramatischen Erlebnisse in der DDR ebenfalls schnell in Vergessenheit gerieten, obwohl das Leben in der DDR 1990 für 70% ihrer Bevölkerung „unerträglich“ erschien.

Problematisch für diejenigen, die schnell vergessen und verdrängen wollen ist jedoch, wenn die Erinnerungen an den „peinlichen Selbstbetrug“ und die „faulen Kompromisse“ von den eigenen Landsleuten, die das politische und wirtschaftliche System der DDR schon immer kritisiert oder gar bekämpft haben, wachgehalten werden (Wolle, 1999, S. 15). Wolle vergleicht die Situation von Kritikern der DDR mit der von Emigranten wie Thomas Mann nach dem Zweiten Weltkrieg, dem vorgehalten wurde, „nichts über Deutschland zu wissen“, weil er die Zeit des Nationalsozialismus nicht in Deutschland verbracht hat. Auch nach 1989 hörte man nach Wolles Erkenntnissen nur ungern auf die „Aufrufe zur inneren Einkehr, zumal wenn sie von denen kamen, die verfolgt und diskriminiert gewesen waren. Nichts wird strenger bestraft, als recht behalten zu haben“ (ebd.). Nach seiner Überzeugung haben die „Ideologen und Machthaber des SED-Staates“ vielfach eine neue Heimat in der PDS gefunden und sind zum

Fürsprecher für viele geworden, die „unverschuldet in das Desaster“ geraten sind. Zwischen den früheren Stützen des DDR-Regimes und den „notgedrungen Angepassten“ entstand eine Eintracht, die in der DDR nie existiert hatte (ebd.). Viele ehemalige DDR-Bürgerinnen fühlen sich durch die Kritik an der DDR-Realität verletzt und sehen ihre eigene Biografie in Zweifel gezogen (S.16). Dabei richtet sich die Kritik in den meisten Fällen gar nicht gegen sie, sondern gegen diejenigen, die für die repressive Politik und die Zerstörung der DDR-Wirtschaft verantwortlich waren. Der PDS/LINKE und anderen Eliten der DDR ist es jedoch innerhalb kürzester Zeit gelungen, von ihrer Verantwortung für den Zusammenbruch des wirtschaftlichen und politischen Systems abzulenken. Viele Opfer ihrer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik gewannen sie als Verbündete, indem es ihnen gelang, die neuen Eliten für den massiven Arbeitsplatzabbau und den Wegfall liebgewonnener Annehmlichkeiten in Ostdeutschland verantwortlich zu machen.

Die sächsische Ministerin Petra Köpping widmet in ihrem Buch „Integriert doch erstmal uns!“ dem Thema der gebrochenen Biografien ein eigenes Kapitel mit dem Untertitel „Die Entwertung des ganzen Lebens“ (Köpping, 2018, S. 67), in dem die Strategie der alten SED-Eliten gut nachvollziehbar ist. Wie ich schon im ersten Buch dargestellt habe, ist unbestritten, dass sich für die DDR-Bürgerinnen mit der Vereinigung fast alles änderte, für die Alt-Bundesbürgerinnen dagegen fast nichts. Es ist auch unbestritten, dass viele Ostdeutsche ihre Arbeit verloren haben, beruflich umschulen mussten oder auch nie mehr Arbeit gefunden haben. Aber ist damit ein ganzes Leben entwertet? Und wer soll es entwertet haben? Dass Menschen ihre Arbeit verloren haben, bedeutet doch nicht, dass sie vorher nichts geleistet haben und auch künftig nichts mehr leisten können. Genau das reden jedoch die Nachkommen der alten Machthaber ihren früheren Untertanen ein und lenken damit von der eigenen Verantwortung für die kurzsichtige und auf Prestige ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED ab. Auch der ostdeutsche Wissenschaftler und Politiker Richard Schröder weist die Unterstellungen Köppings entschieden zurück und fragt, ob wirklich der ganze „Lebenssinn allein am Fortbestand eines Arbeitsplatzes in demselben Betrieb bezogen“ werden sollte. Hatten die Menschen, die ihre gesamte Biografie infrage gestellt sehen, keine Hobbys, Freunde, Verwandten, Freizeit- und Urlaubsfreuden? Er bezeichnet die beklagte Entwertung des ganzen Lebens als „fake news“ und wirft denjenigen, die sie verbreiten vor, dass sie jenen, die für die gesellschaftlichen Veränderungen verantwortlich sind, „die Kräfte andichten“ wollen (Schröder R. , 2018).

Neben Schröder und Wolle ist auch Maaz davon überzeugt, dass die Verdrängung der Mitschuld am repressiven System dazu beigetragen hat, dass sehr schnell die negativen Aspekte des Lebens in der Diktatur verschwanden und von den positiven Erinnerungen an die DDR-Zeit überlagert wurden. Wie schon nach dem Ende des Nationalsozialismus und dem Zusammenbruch des „Stalinismus“ wollte auch nach dem Ende der DDR kaum jemand „etwas gewusst haben oder gar verantwortlich und schuldig mitbeteiligt gewesen sein“ (Maaz, 1990, S. 12). Dabei kann „bestimmt keiner behaupten, er hätte die gnadenlose Vergiftung und Zerstörung unserer Umwelt, den Verfall unserer Städte, die zynische Verlogenheit in den Medien und öffentlichen Verlaut-

barungen, die albernen Lösungen, den Verfall der Moral und die Zerstörung der Beziehungen durch Korruption, Bespitzelung, Denunziation, Speichelkerei und Anbiederung an die Macht nicht gesehen, erlebt oder irgendwie mitgemacht“ (S.15).

Die von Maaz und Wolle geäußerte Kritik richtet sich tatsächlich gegen (fast) alle DDR-Bürgerinnen und nicht nur an die früheren SED-Machthaber. Diese Kritik wird von ehemaligen DDR-Bürgern geäußert, die im Arbeiter- und Bauernstaat benachteiligt wurden, weil sie nicht alles mitmachten bzw. Zustände kritisierten. Beide problematisieren das Handeln bzw. Nichthandeln der DDR-Bürgerinnen. Auch wenn die Kritik hart und schmerhaft ist, stellt sie keinen Angriff, keine Diskriminierung, Abwertung oder gar Entwertung des Lebens der DDR-Bürgerinnen dar. Die Gedanken der Autoren verstehe ich vielmehr als Aufforderung an die eigenen Landsleute, darüber nachzudenken, dass die Verantwortlichen für das politische System der DDR nur so lange agieren konnten, weil so viele Menschen bereitwillig mithalfen, das politische System der DDR am Leben zu erhalten: manche aus Überzeugung, andere aus Habgier oder wegen persönlicher Vorteile, und wieder andere aus Angst vor Benachteiligung oder Bestrafung ihrer eigenen Person oder ihrer Angehörigen.

Die „guten Seiten“ der DDR waren jedoch nicht nur teuer und trugen maßgeblich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR bei. Vieles, was in der Erinnerung der früheren DDR-Bürgerinnen im Arbeiter- und Bauernstaat besonders gut bzw. besser als in der Bundesrepublik funktioniert haben soll, erscheint bei genauerem Hinsehen gar nicht mehr so strahlend. Egal, ob man das System der Kinderbetreuung, die Schulbildung, das Gesundheitswesen, die Versorgungen mit Wohnraum oder die Gleichberechtigung der Frauen in der DDR intensiver betrachtet, muss festgestellt werden, dass in diesen Bereichen viele negative Aspekte und „Nebenwirkungen“ ausgebendet und im Rückblick auf die DDR idealisiert werden.

Ich möchte hervorheben, dass ich bei meiner kritischen Betrachtung der „Errungenschaften“ der DDR keinen „Systemvergleich“ anstrebe und dass es mir auch nicht darum geht, die sozialen Ziele der SED pauschal infrage zu stellen. Dass viele Aspekte der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik zu Ungleichheiten - häufig auch zu Ungerechtigkeiten - führen, dass es Millionen Menschen gibt, die Monat für Monat darum kämpfen, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln „über die Runden“ zu kommen ist mir bewusst. Denn es wird täglich in den Medien darüber berichtet, Politikerinnen oder Vertreterinnen unterschiedlicher Interessengruppen sprechen die „Missstände“ an und kämpfen für Veränderungen. In der DDR war das nicht möglich! Nach dem Untergang der DDR idealisieren Millionen Menschen in Deutschland - auch im Westen - die Sozialpolitik der DDR. Ich möchte aufzeigen, dass neben den unbestrittenen guten Zielen und Ansätzen zahlreiche „Schattenseiten“ existierten, die in der DDR nie „beleuchtet“ und nach der Vereinigung vergessen oder verdrängt wurden - nicht nur in Ostdeutschland!